

— Wahlvereine sind geseſſlich von den Beſchränkungen der poli-
tiſchen Vereine befreit. Im Anſchluß an dieſe geſeßliche Beſtimmung
hat der Straſſenat des Obertribunals, 1. Abtheilung, in einem Er-

kenntnis vom 15. Dezember 1875 den Begriff der „Wahlvereine“ folgendermaßen präzisirt: „Unter einem Wahlverein ist eine Vereinigung zu verstehen, welche die erleichterte Vorbereitung konfret anstehender oder bevorstehender Wahlen durch Organisation oder dabei sich geltend machender verschiedener politischer Parteibestrebungen zum Gegenstande haben. Vereine dagegen, welche die kontinuierliche Bearbeitung der Vereinsmitglieder im Sinne eines bestimmten Programms zum Zwecke der Verwirklichung durch künftige noch unbestimmte Wahlen bezwecken, überschreiten den Kreis der Wahlvereinsthätigkeit und sind als politische Vereine zu behandeln.“ Die Angelegenheit, um die es sich dabei handelt, ist folgende:

Der Vorstand des Gesamtvereins der Sozialarbeiter zu Hildesheim wurde wegen Verletzung der §§ 8 und 16 des preussischen Vereinsgesetzes, betreffend Vereine, welche die Erörterung von politischen Gegenständen in Versammlungen bezwecken, angeklagt. Die Strafkammer des Obergerichts zu Hildesheim sprach jedoch den Vorstand frei, weil sie annahm, daß der gedachte Verein die Politik nur in so weit in seine Zwecke einbeziehe, als er auf dem Gebiete des Volkslebens in den gesetzgebenden Versammlungen die Arbeiterinteressen vertreten sehen wolle und sein Programm durch Einbringung von Abgeordneten seiner sozialen Richtung zu realisiren suche, und somit als „Wahlverein“ aufzufassen sei, welcher nach § 21 des Vereinsgesetzes den Beschränkungen der politischen Vereine nicht unterliegt. Das Obergericht vernichtete jedoch das Erkenntnis der Strafkammer zu Hildesheim und verwies die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Obergericht zu Celle. „Vom Berufungsrichter“ führt das Erkenntnis des Obergerichts aus, „wird übersehen, daß die von den Beschränkungen des § 8 freigegebenen Wahlvereine, worüber die parlamentarischen Verhandlungen über diesen Satz der zweiten Kammer keinen Zweifel übrig lassen, und die erleichterte Vorbereitung konfret anstehender oder bevorstehender Wahlen durch Organisation der dabei sich geltend machenden verschiedenen politischen Parteibestrebungen zum Gegenstande haben sollen, dagegen die kontinuierliche Bearbeitung der Vereinsmitglieder im Sinne eines bestimmten Programms zum Zwecke der Verwirklichung durch künftige noch unbestimmte Wahlen den Kreis der Wahlvereinsthätigkeit insofern weit überschreiten und in denjenigen der politischen Vereine als solcher übergreift, als hier das persönliche Resultat der Wahl nur als vereinzeltes Mittel zu einem höher liegenden Vereinszwecke, der Verwirklichung des Parteiprogramms erscheint, während dasselbe nach der für die Freigabe der Wahlvereine bestimmt gewordenen Idee der Vereinszwecke selbst sein soll. Das Gesetz will die Freiheit der Erörterungen über Ausübung des Wahlrechts jedes Einzelnen innerhalb der Vereinsfähigkeit schliessen; aber es will nicht die Erörterungen derjenigen politischen Anschauungen, welche der Ausübung des Wahlrechts des Einzelnen zu Grunde liegen, unbedingt in gleicher Weise der Beschränkungsmaßregeln des § 8 entziehen.“

Die Betriebs-Einrichtungen der preussischen Eisenbahnen haben vom 1. Januar ab eine sehr wesentliche Aenderung erfahren. Bis dahin bestanden bekanntlich neben den Eisenbahn-Kommissionen auch noch besondere Betriebs-Inspektionen. Die letzteren sind in Ausführung einer Verfügung des Handelsministers vom 1. Januar/ab aufgelöst und die Betriebs-Inspektoren einfach den Eisenbahn-Kommissionen, als diesen zugehörigen Beamten angeschlossen. Es begreift diese Vereinfachung des Geschäftsapparates selbstverständlich eine entsprechende Erleichterung in der Abwicklung der Geschäfte, aber auch wegen des nunmehrigen Wegfalls der besonderen Bureau's dieser Behörden eine ins Gewicht fallende Kostenersparnis in sich. — Die „Post“ bringt noch ein Dementi bezüglich der Erwerbung der Eisenbahnen durch das Reich. Sie schreibt:

In einigen Blättern ist behauptet worden, daß im Reichs Eisenbahn-Amt die Ausarbeitung des Planes für die Erwerbung der Eisenbahnen durch das Reich seit November bewirkt und gegenwärtig so weit vollendet sei, daß in groben Umrissen ein die Realisirung des Projekts im Prinzip ermöglichender Geistesentwurf habe vorgelegt werden können. Zuerst ist dieser Mitteilung zufolge können wir auch diese, wie die Angabe, daß zwei Pläne, wegen Erwerb des Eigenbundes und wegen Uebernahme des Betriebes der Eisenbahnen durch das Reich ausgearbeitet seien, als nicht unterrichteter, Quelle stammend bezeichnen.

In den Grenzbezirken ist vielfach die irrige Ansicht verbreitet, daß man sich auf dem zwischen den preussischen und russischen Grenzpfählen belegenen sogenannten „neutralen Gebiet“ nach Belieben bewegen könne. Es wird nunmehr von der Regierung zu Gumbinnen bekannt gemacht, daß zu jeder Ueberschreitung der preussischen Grenze, gleichviel ob russisches oder nur neutrales Gebiet betreten wird, ein Legitimationschein notwendig ist.

Wie offiziell berichtet wird, ist man jetzt in Regierungskreisen der noch jüngst vom Fürsten Bismarck angegebenen Idee näher getreten, ein selbstständiges Ministerium für Elb-Lothringen zu errichten, dessen Sitz in Berlin sein würde, während die Oberpräsidentenschaft in Strassburg ihres staatlichen Charakters entkleidet werden und eine mehr provinzielle Bedeutung, also nach Art der preussischen Einrichtung erhalten sollte. Der bezügliche Plan, welcher bereits älteren Datums ist, war vielleicht in Folge der letzten Staatsberatungen neuerdings wieder Gegenstand der Erwägungen und wird, wie die genannte Quelle angibt, nicht von der Tagesordnung verschwinden, wenn schon die Ausführung keinesfalls vor der nächsten Session zu erwarten ist. Die Frage, ob den Reichslanden nicht auch ein Landtag mit beschließenden Befugnissen zu gewähren sei, ist ganz in den Hintergrund getreten, zu gutem Theil freilich durch die Schuld der elbsächsisch-lothringischen Abgeordneten. Fortschrittliche Organe weisen bei dieser Gelegenheit auf die Erfahrungen hin, die man, obschon der Vergleich nicht genau paßt, mit dem Ministerium für Lothringen gemacht hat und meinen, daß hiernach jener Plan nicht zur Nachfolge reizen sollte. Man führt an:

Das zuletzt erwähnte Ministerium, dessen bisheriger Dirigent Landesdirektor der Rheinprovinz geworden ist (der eigentliche Minister-Gesetz ist bekanntlich Fürst Bismarck) wird nun eingehen, da endlich die Real-Union des Landes Lothringen mit dem preussischen Staat durch Gesetz bewirkt werden soll, nachdem das „Reichsgesetz Lothringen“ thatsächlich zu Preußen gehört, alle Vortheile davon hatte, ohne die Lasten mittragen zu lassen. Als 1865 das Landchen von Oesterreich erworben wurde, erfolgte die Zahlung des Kaufgeldes aus dem kaiserlichen Privatvermögen und galt als Demäne, lediglich, damit das Gesetz über die Vereinigung des Landes mit Preußen nicht vor das Haus der Abgeordneten (es war damals Konstituirt) gebracht zu werden brauchte. Bald darauf hätte die Einigung schon seinen Widerstand gefunden, allein es häuften sich nun Anstände auf Anstände, deren Ueberwindung sehr schwierig war und auch jetzt kaum beendet ist. Wenn die Vorlage jetzt an den Landtag gelangt, so wird sie hier wohl nicht viel Schwierigkeiten bieten, falls die Bedingungen sonst nur annehmbar sind.

Nach § 119 der Reichs-Gewerbeordnung ist der Lehrling der händlerischen Kunst des Lehrherrn unterworfen. Im Anschluß an dieses Gesetz hat der Senat des Obergerichts in einem Erkenntnis vom 15. Dezember 1875 ausgeprochen, daß der Lehrherr im Sinne dieses Gesetzes nicht unbedingt mit dem Geschäftsherrn zu

identifiziren ist. Einem für die Dauer angestellten Disponenten (Faktor) sind gleichfalls die Befugnisse des Lehrherrn zuzurechnen.

Fulda, 8. Januar. Das „Proletor-Gesetz“ wird in seinen Folgen bei den beteiligten Kreisen unserer Gegend doch allmählich fühlbar. So bringt z. B. die ultramontane „Fulda. Ztg.“ fast in jeder Nummer ein wahres oder erdichtetes Geschickchen aus dieser oder jener Gemeinde, wo die „treuen Gläubigen“, die „wahren Christen“, und wie die Titulaturen alle heißen mögen, dem hochwürdigen Herrn Pfarrer und seinem Dulderkaplane so und so viele Zwanzigmarkstücke in einem „heilichem Körbchen“ überreicht haben sollen. Das Händchen schließt hier mit der schmeichelnden Apostrophe: „Ehre einer solchen braven Gemeinde!“ Trogt man will es mit den Sammlungen, deren Ergebnis dem Klerus den Gehaltsausfall decken soll, gar nicht recht vorträgt. Die Bauern, und namentlich die heffischen, halten bei aller Gefügigkeit gegen die Geistlichen die Hände auf dem Geldbeutel und bequemen sich höchstens dazu, gleich den Hirten in Verhale, Virtualen zu offen, so daß in vielen Pfarren fast täglich ein Verkauf stattfindet und die Köchin wohl oder übel auf den Markt ziehen muß, um Wein, Tabak u. einzukaufen. Nicht viel besser ist es in den Städten, wo anfänglich wohl ein erhebliches Stimmchen kollektirt wurde, jetzt aber auch der Eifer der Rastomänner und christlichen Mütter schon sehr erkaltet ist. Da verbot sich ganz besonders eine blühende Nebenpraxis, die z. B. bei vielen Landpfarrern im Gange ist. Derselben machen durch allerlei Heilungsmittel an Vieh und Menschen den Aertzen eine erhebliche Konkurrenz, indem der Bauer natürlich die geistliche Würde des Pfarrers als eine gute Beigabe zu dessen Heilung mit in den Kauf nimmt und bezahlt. Dies ist jetzt im Reife Händchen das eintägliche Gegenmittel gegen das Proletor-Gesetz und hält vielleicht länger vor, als die Proselyten der Schwarzen in den Städten.

Köln, 9. Januar. Die Redaktion der „Köln. V.-Ztg.“, welche einige Tage vor Neujahr erklärte, Gratulationen an den Erzbischof ganz sicher vermitteln zu können, erklärte gestern Abend:

„In den letzten Tagen gingen uns verschiedentlich Zuschriften zu mit der Bitte um Weiterbeförderung derselben an den hochw. Hrn. Erzbischof. Da uns der dermalige Aufenthalt Sr. Erzb. Gnaden vollständig unbekannt ist, sehen wir uns außer Stande, diesen und ähnlichen Wünschen zu genügen.“

Ob sich bei den Gratulationen Böse in den Schafstall einschleichen, ob unbedeute Klammationen nach dem Aufenthaltsorte des Erzbischofs an die „K. V.-Ztg.“ herantraten oder ob der Erzbischof seinen Aufenthaltsort wechselte, wissen wir nicht.

Mecklenburg, 9. Jan. Der mecklenburgische Landtag ist auf den 16. v. zusammenberufen. Als Gegenstände der Verhandlungen sind im Einberufungsschreiben nur die gewöhnlichen Kontributionsbedürfnisse und die Fortsetzung der Verhandlungen wegen Verwendung der französischen Kriegskosten-Erschadigungsgelder und Ablösung von Steuergeldern aufgeführt. Danach scheint man von einer Reform der Verfassung ganz Abstand genommen zu haben, was freilich an sich nicht auffallend ist, da die Feudalregierung nichts Besseres kennt als den alten Erbvergleich, aber doch einigermaßen auffallend ist, da der Bundesrath die Erwartung ausgesprochen hat, daß die mecklenburgischen Regierungen sich mit den Ständen über eine gedeihliche Verfassungsreform einigen werden. Es würde eine vollständige Mißachtung jenes Bundesrathsbeschlusses verriethen, wenn die Regierungen die Verfassungsreform nicht einmal zur Verathung des bevorstehenden Landtages vorstellen würden. — Das Einberufungsschreiben in mittelalterlichem Stile lautet:

„Wir geben euch“ (die Anreden stets kleingedruckt) „hiermit zu vernehmen, daß Wir beschlossen haben, einen allgemeinen Landtag in Unserer Stadt Sternberg halten und denselben am 16. Februar 1876 eröffnen zu lassen; citiren, heissen und laden euch demnach hiermit an, daß ihr, euer allort persönlich einfindet, und nach gebührender Anmeldung, die am folgenden Tage in Unserem Namen zu publizierende Landtagsproposition geziemend anhört, den darüber zu haltenden gemeinsamen Beratungen und Beschlüssen beizutreten, auch vor erfolgtem Landtagsausgange ohne erhebliche Ursache euch von dannen nicht entfernen sollt. Ihr müßt nun erscheinen und daselbst bleiben oder nicht, so sollt ihr in jedem Falle zu Allem, was auf solchem Landtage beschlossen werden wird, gleich anderen Unserer getreuen Landstassen und Unterthanen verbunden und gehalten sein.“

München, 9. Januar. Wie man der „Nat.-Ztg.“ schreibt, hat der Papst wegen angeblicher Verletzung des Konfords durch die Einführung des Reichsgesetzes über die Bibelle einen Protest gegen die bairische Regierung erhoben. Derselbe bezieht sich, wie berichtet wird, hauptsächlich auf die Stellung der geistlichen Ehegerichte, die durch das neue Gesetz zwar nicht aufgehoben, aber allerdings sehr viel an Bedeutung verlieren. Daß der Papst diesen Protest der Staatsregierung nicht durch seinen hiesigen Nuntius überreichen ließ, sondern nur dem bairischen Gesandten in Rom, dem Grafen Baumgarten, zustellen ließ, und danach, wie man sich in der diplomatischen Welt ausdrückt, nur den „milderen“ Weg gewählt hat, erklärt man sich hier dadurch, daß der Papst einen Erfolg von seinem Protest selbst nicht entfernt erwartet. In der That wird auch berichtet, daß die bairische Staatsregierung den Protest gar nicht beantwortet wird.

Wien, 8. Januar. Die Unterbrechung der Verhandlungen zwischen der Regierung der im Reichsrathe vertretenen Länder und der ungarischen Regierung über die Zoll- und Handelsfragen ist kein schlimmes Zeichen; im Gegentheil wird die Pause zu gegenseitiger, ruhiger Ueberlegung benutzt werden; denn verständigen will und muß man sich. Heute kamen die Minister Auerperg, Rasser, Depretis und Chlumetz von Pest zurück. Wenn die Verhandlungen demnächst in Wien wieder aufgenommen werden, so wird man sich gegenseitig besser kennen. Die Versuche cisleithanischer Blätter, in Ungarn die Eifersucht unter den Nationalitäten gegen die Magyaren zu erregen, werden, so sieht zu hoffen, vereinzelt bleiben und keine Folgen haben; sie sind sehr plump und könnten für Oesterreichs Gebeissen höchst gefährlich werden.

Bern, 7. Januar. Der am 17. d. M. in Bern zusammentretende internationale Postkongreß wurde zunächst durch das Verlangen Großbritanniens veranlaßt, dem Weltpostvertrage auch für seine ostindischen Kolonien beizutreten. Paul Bernchen hat nun aber auch Frankreich das Gleiche für seine überseeischen Besitzungen verlangt, so daß auch diese Frage und, da an sämtliche Unterzeichner des Vertrages die Einladung zur Theilnahme am Kongresse erlassen worden ist, muthmaßlich noch verschiedene andere Punkte auf demselben zur Sprache gebracht werden. Ob sämtliche Vertragsstaaten den bevorstehenden Kongreß beschicken werden, ist freilich noch zweifelhaft; bis jetzt haben nur außer Großbritannien und Frankreich Deutschland, Italien, Oesterreich-Ungarn, Holland und Egypten zugesagt.

Lokales und Provinzielles.

Wien, 12. Januar.

Der Propst Sluzhinski aus Konary war in Folge einer Aeußerung, er würde seinen Organisten von der Orgel entfernen,

wenn dieser den Protest gegen die päpstliche Enchlyka unterschriebe, vom Kreisgerichte zu Kamisch zu einer Geldbuße von 150 M. event. zu einer vierzehntägigen Gefängnißstrafe verurtheilt. Gegen dies Erkenntnis app. Urt. Probst Sluzhinski, doch wurde das Urtheil der ersten Instanz von dem hiesigen Appellationsgericht bestätigt.

J. Inowrazlaw, 10. Januar. [Kommunales. Verein. Beizwechsel. Vortrag. Zuckerraffin.] Eine statistische Zusammenstellung unserer hiesigen Steuerzahler ergibt in Betreff deren Einkommen pro 1876 das nachstehende Resultat: Es sind 1580 Kontribuenten a 3—5 pCt. mit einer Gesamt-Einkommens-Summe von 1,303,650 Mark und 111 Kontribuenten a 1—2 pCt. mit einem Gesamt-Einkommen von 212,410 Mark vorhanden. Die Zahl der Kontribuenten beträgt mithin in unserer Stadt ausschließlich derjenigen der kommunalnutzenden Stadtheile Großmoos und Babnhof 1691, die Summe des Einkommens 1,516,060 M. — Der das 3. Vereinsjahr 1875 veröffentlichte Rechenschaftsbericht des hiesigen Vereins gegen Verarmung und Hausbetheil schließt in Einnahme und Ausgabe mit 5275 58 Mark ab. Die laufenden Beiträge erreichten die Summe von 3998 Mark. Veranschlagt wurden u. a. zur Unterhaltung an durchziehende Bettler 357, an arbeitsfähige hiesige Bettler 1810 50 M. an verarmte hiesige Arme 1152 45 M., zur Kleidung und sonstigen Naturalienunterstützung an hiesige Arme 788 29 Mark. Der Gesamtbeitrag beträgt 300 Mark, der zu 5 pCt. bei der Kreisparafasse jährlich angelegte Reservefond beträgt 1200 M. Der Verein erstreckt sich nur auf die hiesige hiesige Gemeinde. — Das dem Dr. jur. Wagner hierorts gehörige Grundstück Markt Nr. 12 ist für den Preis von 33,000 M. in den Besitz des Kaufmanns S. Samul, und dasjenige der dem witten Frau Schlegel für den Preis von 18,000 Mark in den Besitz des Klempnermeisters Kleinert übergegangen. — Im hiesigen Handwerkerverein hält morgen Abend Oberlehrer Schmitz einen Vortrag über „Eis und Gießer“. — Wie ich höre, steht die Errichtung einer zweiten Zuckerraffin in Rußland, und zwar in der Nähe von Kiew, bestimmt in Aussicht, und es soll sich ein bromberger Kapitalist zur Ausführung dieses Unternehmens entschlossen haben. Die Zuckerraffin in Rußland ist bereits in voller Thätigkeit und das Fabrikat ist hier in einigen Geschäften im Handel.

Aus dem Gerichtssaal.

— **h. - Posen, 11. Januar.** [Schwurgericht.] Heute lag zunächst die Anklage gegen den Fleischergehilfen Roman Kuchowicz und Damians Karmolinski vor. Der erste war angeklagt, am September 1875 Abends nach 10 Uhr zu Posen den Schuhmacher Daniel Schallacke vorsätzlich tödtlich gemißhandelt zu haben und zwar so, daß der Schallacke das Gehörvermögen auf dem rechten Auge verloren hat. Den Damians Karmolinski beschuldigt die Anklage unter Verlesung auf den § 227 des Strafgesetzbuchs der Betheiligung an einem von mehreren gemachten Angriff, wobei ein Mensch vorsätzlich körperlich gemißhandelt wurde. Am 20. September 1875 ließ der Schuhmacher Schallacke aus der Restauration von Weiß auf der Wallstraße rubia nach Hause gegangen, als er von den beiden Angeklagten ohne alle Veranlassung angegriffen worden wäre, und zwar hätte Karmolinski ihn zur Erde geworfen und Kuchowicz ihm mehrere Schläge auf den Kopf gegeben, deren einer das rechte Auge getroffen. — Der Angeklagte Kuchowicz geht zu, den Schallacke geschlagen zu haben, behauptet aber, von Schallacke gereizt worden zu sein, auch wäre er betrunken gewesen. Der Angeklagte Karmolinski leugnet jede Betheiligung an der Schlägerei und gesteht nur zu, daß er mit Kuchowicz zusammen über die Straße gegangen wäre. Von den Zeugen kann der Verleser, Schallacke selbst, nichts mehr beibringen, als daß er plötzlich zu Boden gemorfen und geschlagen worden sei, von wem er aber diesen Angriff erlitten habe, weiß er nicht. Gegen reporten drei Zeugen, Fleischermeister Mufelski und Fleischergehilfe Niewelich, daß sie, als sie von einem Abendpaziergang zurückkehrten, plötzlich auf der Wallstraße ein Geräusch wie von Schlägen hörten und darauf nicht weit von ihnen einen Menschen mit blutigen Kopf auf der Erde liegen gesehen hätten. In denselben Augenblick seien auch die ihnen wohlbekannten Angeklagten an ihnen vorbeigelaufen. Der als Sachverständige geladene Sanitätsrath Dr. Samul konstatiert, daß das rechte Auge des Schallacke in Folge des erhaltenen Schlags derartig verletzt wäre, daß ein Theil des Glaskörpers herausgelaufen und das Auge in Folge dessen vollständig erblindet sei. Auch schwebte das rechte bis jetzt gesunde Auge in Gefahr ebenfalls zu erblinden. Es folgte nun die Plaidoirs des Staatsanwalts Dr. Kerschke, der gegen beide Angeklagte das Schuldig beantragte, der Verteidiger Rechtsanwalt Dohrn, welcher ausführte, daß sein Klient Karmolinski nicht schuldig sei und Rechtsanwalt Mufelski, welcher dem Angeklagten Kuchowicz mildernde Umstände zugebilligt wissen wollte. Die Geschworenen sprachen ihre Meinung dahin aus, daß Kuchowicz der vorsätzliche körperlichen Mißhandlung schuldig, Karmolinski dagegen nicht schuldig sei und erkannte demnach der Gerichtshof, daß mildernde Umstände zugebilligt waren, gegen Kuchowicz auf 2 Jahre Gefängnis, während er den Karmolinski von der gegen ihn erhobenen Anklage freisprach.

Ueber den zweiten dem Schwurgerichte heute vorliegenden Fall entnehmen wir der Anklage Folgendes: Im April 1875 beantragte der Wirth Valentin Konyß die Verhaftung des Wojciech Jankowial, weil dieser ihm am 2. April 1875 aus unterschloßener Scheune Hühner gestohlen hatte. Als Zeugin war die Wirths-Frau Rosalie Stachowial benannt. In der gerichtlichen Vernehmung vom 25. Mai 1875 sagte diese Zeugin aus, daß sie den Jankowial an einem nahen Berke beobachtet habe, wie er am 2. April 1875, nach dem er auf kurze Zeit in ihren Stall eingetreten, nach dem Grundstücke des Wirths Valentin Konyß gegangen, auf das niedrige Dach der Scheune gestiegen sei und das Stroh des Daches auszunutzen geiffen habe und demnach durch die entstandene Dichtung in die Scheune hineingegangen sei. Bald darauf wäre er dann mit dem Gebundenen Stroh zurückgekehrt. Diese gerichtliche Aussage beschuldigt die Stachowial. In dem am 1. Juli 1875 angestandenem Audienzmin änderte die Stachowial ihre Aussage, indem sie nur gesehen haben wollte, daß Jankowial sich etwas auf dem Dache zu schaffen gemacht habe, nicht aber daß er in die Scheune gestiegen sei. Sie blieb auch bei dieser Aussage, trotzdem sie vor dem Meindebe verwar wurde, stehen und versicherte die Richtigkeit der selben auf den in der selben Untersuchungssache gelieferten Eid. Es wurde nunmehr gegen die Stachowial die Unterzuchung wegen Meineides eröffnet. Während der hat die Stachowial gestanden, in dem Termine vom 1. Juli 1875 Unwahrheit gesagt zu haben; sie glaubt aber dennoch, daß sie kein Meineid geleistet, da sie in dem Termin überhaupt nicht geschworen hätte, und giebt endlich an, daß sie von Jankowial dazu überredet sei, der ihr vorgesetzt habe, daß sie doch nicht auf ihn und seine Familie nehmen möchte, um so mehr, da sie ruhig zu seinen Gunsten aussagen könnte, weil sie ja nicht mehr zu schwören brauche. Gegen Wojciech Jankowial ist die Anklage wegen Anstiftung zum Meineide erhoben. In der heutigen Verhandlung wurden als Zeugen zunächst der Mann der Angeklagten vernommen, nach dessen Aussage der Jankowial auch an ihr die Bitte gerichtet hat, auf sein Haus zu einzuwirken, daß sie ein für den Jankowial günstiges Zeugnis abgebe, und dann der Kreisgerichtssekretär Müller und Wirths-assistent Koperski, welche das Audienzprotokoll vom 1. Juli 1875 unterschrieben hatten. Herr Kreisgerichtssekretär Müller kann sich nicht an die betreffende Verhandlung erinnern, sagt aber aus, daß regelmäßig die zu verhandelnden Zeugen darauf aufmerksam mache, eine eideschwurliche Versicherung einem Eide gleichstehende. Die Geschworenen vernahmen diese beiden Aussagen auf die Schuld der Angeklagten gestellten Fragen und mußten dieselben deshalb von der Anklage freisprechen resp. der Anstiftung zu demselben freigesprochen werden.

Berlin, 10. Jan. Vor dem Schwurgericht begannen heute die Verhandlungen gegen den Staatsgerichtsssekretär Theodor Menthe, den Vertheidiger und Bau-Unternehmer Florent. Bräun und dessen Ehefrau, geb. Numpff, welche der Vertheilung schuldig sind. Zur Anklage sind drei Fälle gestellt. Im ersten Falle handelt es sich um die Vertheilung von Aktienstücken in einer gegen Prose im Jahre 1873 eingeleiteten Untersuchung wegen

Breslau, 11. Januar, Nachmittags.

Fest, aber geschäftlos.

Kreuzburger 81, 00 do. junge — Oberkies 139, 00 R. Ober-
ker-St. 104, 00 do. do. Prioritäten 108, 00. Frankfurter 516, 50. Bon-
briden 195, 00. Silberrente 64, 70. Münzrenten 27, 50. Breslauer
Kreuzburger 66 25 do. Wechselbank 65, 00. Schief. Bank 85, 00.
Kreditbank 335, 00. Raurach 63, 25. Oberkies Eisenbahnen —.
Deutscher Bank 175, 25. Kaufm. Banknoten 262, 00. Schief. Bank-
noten 89, 00. Deutsche Bank —. Breslauer Bank-Wechsel —.
Kreuzburger 85 25. Schlesische Centralbank —. Bresl. Delf. —.

Telegraphische Correspondenz für Fonds- und Kurse.

Frankfurt a. M., 11. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.
Bemerklich fest bei ruhigem Geschäft.

[Schlusskurs.] Londoner Wechsel 203, 30. Pariser Wechsel 80, 80. Die-
ser Wechsel 175, 40. Frankfurter 258. Böhm. Wechsel 163 1/2. Lombard-
renten 97. Galtner 174. Elisabethbahn 142 1/2. Nordwestbahn 123 1/2.
Kreditbank 166 1/2. Ruff. Bodenr. 86. Ruffen 1872 99 1/2. Silber-
rente 64 1/2. Papierrente 60 1/2. 1860er Rente 112 1/2. 1864er Rente
291, 00. Amerikaner de 1885 100 1/2. Deutsch-Oesterreich 89 1/2. Berliner
Bankverein —. Frankfurter Bankverein —. do. Wechselbank 76.
Banknoten —. do. Rente 79 1/2. Galtner 174. Schief. Bank-
noten —. Darmstädter Bank 113 1/2. Delf. Ludwigsb. 97 1/2. Oberkies 73 1/2.
Nach Schluss der Börse: Kreditbank 166 1/2, Frankfurter 258.
Lombarden 97 1/2, 1860er Rente —. Reichsbank 162 1/2.

*) per medio resp. per ultimam

Berlin, 11. Januar. Trotzdem der gestrige Verkehr recht matt
geblieben war, setzten sich heute die Notierungen der leitenden Pa-
piere Kleinigkeiten höher ein. Als Grund dieser Besserung bezeichnete
man pariser Meldungen, namentlich auch die Nachricht, dass die Ein-
lösung des Januarcoupons gesichert sei und günstige Anfangscourse
aus Wien; auch machte man die Wahrscheinlichkeit geltend, dass die
ungarische Goldrenten-Anleihe dennoch früher ausbezahlt werden
würde, als man jetzt annehmen konnte. Der Geldmarkt blieb ansehn-
lich still, doch erwartete man im Allgemeinen eine Erleichterung
des Geldstandes. — Kreditbank, in denen heute einige Umsätze statt-
fanden, setzten etwa 4 M. über den gestrigen Schluss ein, blieben aber
auch im Ganzen still. Ueberall blieb trotz der besseren Notierungen

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 11. Januar 1876.

Preussische Fonds und Geld- Cours.

Consol. Anleihe	4 1/2	105,25 B
Staats-Anleihe	4	99,40 B
Staats-Schuld.	3 1/2	92,00 B
Kur- u. Neumark.	3 1/2	85,75 B
do. neue	4	84, B
do. neue	4 1/2	94,25 B
do. neue	4 1/2	103,00 B
Pr. Brandb. Cred.	4	94,25 B
Preussische Cred.	3 1/2	84,70 B
do.	4	95,00 B
do.	4 1/2	101,10 B
Pommersche	3 1/2	83,80 B
do.	4	94,10 B
do.	4 1/2	102,00 B
Pommersche, neue	4	94,10 B
Sächsische	3 1/2	85 B
Sächsische	3 1/2	85 B
do. alte A. u. C.	4	94,50 B
do. A. u. C.	4	93,70 B
Westph. ritterlich	3 1/2	83,25 B
do.	4	90,30 B
do.	4 1/2	100,90 B
do. II. Serie	5	106,25 B
do. neue	4 1/2	95,50 B
do.	4 1/2	100,40 B
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumark.	4	96,30 B
Pommersche	4	96,00 B
Pommersche	4	96,00 B
Preussische	4	96,00 B
Rhein- u. Westf.	4	98,00 B
Sächsische	4	97,50 B
Sächsische	4	96,00 B
Souvereigns	20,29	8
Napoleonend or	16,20	8
do. 500 Gr.		
Dollars	16,65	B
Imperial	13,92	B
do. 500 Gr.	99,75	B
Freunde Banknot.	81,00	8
do. einl. Leipz.		
Frankf. Banknot.	176,10	B
Deutscher Banknot.	184,00	B
do. Silbergulden	184	B
do. 1/2 Stück	262,40	B
Ruff. Noten		

Deutsche Fonds.

P. A. v. 55 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 60 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 65 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 70 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 75 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 80 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 85 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 90 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 95 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 100 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 105 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 110 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 115 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 120 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 125 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 130 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 135 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 140 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 145 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 150 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 155 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 160 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 165 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 170 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 175 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 180 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 185 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 190 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 195 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 200 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 205 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 210 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 215 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 220 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 225 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 230 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 235 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 240 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 245 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 250 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 255 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 260 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 265 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 270 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 275 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 280 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 285 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 290 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 295 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 300 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 305 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 310 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 315 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 320 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 325 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 330 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 335 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 340 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 345 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 350 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 355 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 360 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 365 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 370 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 375 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 380 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 385 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 390 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 395 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 400 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 405 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 410 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 415 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 420 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 425 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 430 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 435 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 440 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 445 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 450 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 455 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 460 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 465 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 470 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 475 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 480 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 485 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 490 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 495 a 100 B.	3 1/2	129,25 B
do. v. 500 a 100 B.	3 1/2	129,25 B

*) Zinsfuß der Reichs- u. Bank für Wechsel 6, für Lombard 7 pSt.; Bank-
discount in Amsterdam 3, Bremen —,
Breslau 3 1/2, Frankfurt a. M. —, Ham-
burg —, Leipzig —, London 5 pSt., Paris —,
Petersburg 5 1/2, Wien 5 pSt.

*) Zinsfuß der Reichs- u. Bank für Wechsel 6, für Lombard 7 pSt.; Bank-
discount in Amsterdam 3, Bremen —,
Breslau 3 1/2, Frankfurt a. M. —, Ham-
burg —, Leipzig —, London 5 pSt., Paris —,
Petersburg 5 1/2, Wien 5 pSt.

*) Zinsfuß der Reichs- u. Bank für Wechsel 6, für Lombard 7 pSt.; Bank-
discount in Amsterdam 3, Bremen —,
Breslau 3 1/2, Frankfurt a. M. —, Ham-
burg —, Leipzig —, London 5 pSt., Paris —,
Petersburg 5 1/2, Wien 5 pSt.

Frankfurt a. M., 11. Januar, Abends. [Effekten- u. Geldmarkt.]
Kreditbank 167 1/2, Frankfurter 259 1/2, Lombarden 98 1/2, Galtner 174 1/2,
Elisabethbahn 143 1/2, Reichsbank 163 1/2, 1860er Rente 113, Rudolfsbahn
—, Spanier 17 1/2, Ungar. Rente —, do. Schatzbonds —, Oester-
reichische Bank —. Silberrente 64 1/2. Fest, aber still.

Wien, 11. Januar. Die Speculation verhielt sich auch heute sehr
receptiv. Bahnen theilweise besser, langfristige Devisen begehrt.

[Schlusscourse.] Papierrente 68, 60. Silberrente 73, 60. 1854er
Rente 106, 50. Banknoten —. Nordbahn 1810. Kreditbank
190, 60. Frankfurter 259, 00. Galtner 198, 00. Nordwestbahn 141, 70.
do. Lit. B. 56, 00. London 114, 50. Paris 45, 60. Frankfurt 56, 10.
Böhm. Wechselbank —. Kreditbank 162, 50. 1860er Rente 111, 90.
Lomb. Eisenbahn 112, 50. 1864er Rente 131, 50. Unionbank 73, 50.
Anglo-Bank 92, 00. Anst.-Rente —. Napoleons 9, 21. Du-
lanten 5, 41 1/2. Silberrente 105, 35. Elisabethbahn 165, 00. Ungarische
Prämienanleihe 76, 20. Deutsche Banknoten 57, 00.
Türkische Rente 24, 50.

London, 11. Januar, Abends. Abendsbörse. Kreditbank 191, 60,
Frankfurter 295, 00, Galtner 198, 50, Anglo-Bank 92, 70, Unionbank
74, 00, Lombarden 114, 25, ungarische Rente —, Napoleons 9, 20 1/2,
Egyptier 121, 75. Papierrente 68, 65. Recht fest, aber wenig Geschäft.

London, 11. Januar, Nachmittags 4 Uhr.
Konsols 93 1/2. Italien. Spross. Rente 70 1/2. Lombarden 9 1/2,
3 pSt. Lombarden Prioritäten alte —. 3 pSt. Lombarden Prioritäten
neue 9 1/2. 5 pSt. Rente de 1871 99 1/2. 6 pSt. Rente de 1872 —.
Silber 5 1/2. 5 pSt. Anleihe de 1865 21 1/2. 5 pSt. Rente de 1869
22. 6 pSt. Rente de 1870 104 1/2. do. 5 pSt. Rente de 1871
105 1/2. do. 5 pSt. Rente de 1872 —. do. 5 pSt. Rente de 1873 —.

Centralbank f. Bauten	4	21,50 B
Centralbank f. Ind. u. G.	4	67,10 B
Cent.-Genossenschaft B. fr.	4	79,00 B
Chemnitzer Bank B. fr.	4	75,00 B
Coburger Credit-B. fr.	4	65,00 B
Coln. Wechselbank	4	75,00 B
Danziger Bank Ver. fr.	4	112,50 B
Danziger Privatbank	4	114,00 B
Darmstädter Bank	4	93,00 B
Deffauer Creditbank	4	106,00 B
Deutsche Bank	4	110,50 B
do. Genossenschaft	4	92,50 B
do. Hyp.-Bank	4	92,00 B
do. Reichsbank	4	162,50 B
do. Unionbank	4	79,00 B
Disconto Comm.	4	124,75 B
do. Prov.-Discont.	4	76,00 B
Germer Bank	4	51,00 B
do. Creditbank	4	18,60 B
Gew. B. u. Schuster	4	30,00 B
Gothaer Privatbank	4	103,50 B
do. Grundcred. B.	4	100,60 B
Hypothek. (Hübner)	4	111,25 B
Königsb. Vereinsbank	4	120 B
Leipziger Creditbank	4	68,00 B
do. Discontobank	4	72,60 B
do. Vereinsbank	4	68,50 B
Magdeb. Privatbank	4	100,25 B
Medienb. Bodencredit	4	74,00 B
do. Hypoth. Bank	4	71,00 B
Meininger Creditbank	4	79,50 B
do. Hypothekenbank	4	100,00 B
Niederlausitzer Bank	4	78 B
Norddeutsche Bank	4	122,25 B
Nordb. Grundcredit	4	100,50 B
Oesterr. Credit	4	89,10 B
do. Deutsche Bank	4	82,00 B
Ostpreussische Bank	4	30,00 B
Pfennig Credit	4	104,00 B
Petersb. Discontobank	4	101,50 B
do. Intern. Bank	4	66,00 B
Pfennig Privatbank	4	95,00 B
Preuss. Bank-Anst.	4	91,50 B
do. Bod. Credit	4	122,25 B
do. Centralboden.	4	82,50 B
do. Hyp. Spielb.	4	29,00 B
Product. Handelsbank	4	121,00 B
Prov.- u. Gewerbank.	4	117,60 B
Ritterich. Privatbank	4	92,25 B
Sächsische Bank	4	82,00 B
do. Creditbank	4	74,25 B
Schaffhausen Bank.	4	84,50 B
Schlef. Bankverein	4	89,00 B
Schlef. Vereinsbank	4	110,00 B
Südd. Bodencredit	4	77,50 B
Thüringische Bank	4	10 B
Vereinsbank Quistorp	4	10 B

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Masticht	4	21,00 B
Altona-R.	4	110,75 B
Bergisch-Märkische	4	76,75 B
Berlin-Anhalt	4	105,50 B
Berlin-Dresden	4	27,00 B
Berlin-Görlitz	4	27,60 B
Berlin-Hamburg	4	169,75 B
Berliner Nordbahn	fr.	69,00 B
Brl.-Potsd.-Magdeb.	4	124,10 B
Berlin-Stettin	4	80,00 B
Bresl. Schw.-Freibg.	4	92,75 B
Coln.-Minden	4	92,40 B
do. Litt. B.	4	8,00 B
Halle-Sorau-Guben	4	10,75 B
Hann. Alsenbeken	4	19,75 B
do. II. Serie	4	19,75 B
Märkisch-Posener	4	43,50 B
Magd.-Halberstadt	4	200,25 B
Magdeburg-Leipzig	4	91,50 B
do. do. Litt. B.	4	97,00 B
Münster-Hamm	4	97,00 B
Niederschles.-Märkisch	4	30,50 B
Nordhausen-Erfurt	4	138,50 B
Oberh. Litt. A. u. C.	3 1/2	128,50 B
do. Litt. E.	5	25,50 B
Preuss. Südbahn	4	104,25 B
Pomm. Centralbahn	fr.	110,75 B
Rechte Oder Uferbahn	4	91,10 B
Rheinische	4	12,60 B
do. Litt. B. v. St. gar.	4	100,70 B
Rhein-Rubensbahn	4	112,00 B
Stargard-Posen	4	88,75 B
Thüringische	4	99,25 B
do. Litt. B. v. St. gar.	4	38,00 B
do. Litt. C. v. St. gar.	4	
Weimar-Gera	4	

Industrie-Aktien.

Braueri Pagenhofer	4	93,50 B
Dannenh. Rattun	4	19,75 B
Deutsche Bauges.	4	51,00 B
Deutscher Eisenb. Bau.	4	8,40 B
Dtsch. Stahl u. Eisen	4	2,25 B
Donnersmarthütte	4	20,00 B
Dortmunder Union	4	10,10 B
Eggenf. u. Misch Act.	4	17,00 B
Erdmannsd. Spinn.	4	20,00 B
Flora f. Charlottenb.	4	11,00 B
Frucht u. Nohm Rähm.	4	44,00 B
Gelsenk. Bergw.	4	105,80 B
Georg. Marienhütte	4	89,00 B
Gibernia u. Schaur.	4	41,50 B
Immobilien (Berl.)	4	80,00 B
Kramsta, Leinen f.	4	85,50 B
Lauchhammer	4	23,00 B
Laurahütte	4	67,40 B
Luise Tiefbau-Bergw.	4	36,10 B
Magdeburg Bergw.	4	121,00 B
do. Spiritfabrik	4	19,00 B
Marienhütte Bergw.	4	55,00 B
Massener Bergwerk	4	31,50 B
Menden u. Schw. B.	4	58,00 B
Oberh. Lit. B.	4	33,00 B
Ostend	4	8,00 B
Phönix B. u. Lit. A.	4	51,75 B

Eisenbahn-Stammprioritäten.